

DIE WAHRHEIT

Rundbrief des Vereines Heimatmission

Aufruf zum Gehorsam

Seit Wochen bemühen sich die "unabhängigen" Medien, den *Aufruf zum Ungehorsam* der sogenannten *Pfarrer-Initiative* publik zu machen (besonders eifrig ist dabei der ORF). Dabei will man uns einreden, dass dieser Ungehorsam ganz in Ordnung ist, und die Katholische Kirche nur dadurch auf den richtigen (d.h. von den Medien gewünschten) Weg gebracht werden kann. Nun gibt es aber endlich eine katholische Antwort auf die von den Medien hochgespielte Palastrevolution: Den *Aufruf zum Gehorsam*. Und Punkt für Punkt wird darin dem Ungehorsams-Programm die jeweilige katholische Position gegenübergestellt (siehe Seite 3).

Bemerkenswert ist, dass die *Pfarrer-Initiative* mit ihrem Ungehorsams-Programm seit 2006 gerade einmal ein paar hundert Unterstützer - Priester und Laien - vorzuweisen hat (die Diözese Linz stellt natürlich den Löwenanteil). Darunter sind u.a. verheiratete Priester, zumindest ein längst verstorbener, auch solche, die gar nichts von ihrer "Mitgliedschaft" wissen und eine exkommunizierte "geweihte Bischöfin" (siehe Seite 5). Dem Vernehmen nach erfuhren die meisten Unterstützer auch erst durch die Medien von ihrem "Aufruf zum Ungehorsam".

Hingegen hat die neue Initiative *Aufruf zum Gehorsam* in den ersten 5 Tagen auf Anhieb mehr als 1100 Unterstützer gefunden! Und trotzdem wird man von dieser katholischen Initiative in den ach so unabhängigen Medien (oder Kirchenzeitungen) wohl kaum je etwas hören! Warum eigentlich?

Reform oder Reformation

Es gibt schon seit fast 500 Jahren eine Gemeinschaft, in der alle Forderungen der *Pfarrer-Initiative* längst erfüllt sind! Und man fragt sich, warum die Ungehorsamen eigentlich nicht zur protestantischen Glaubensgemeinschaft wechseln wollen? Dort finden sie alles so vor, wie sie es wünschen und werden sicherlich mit offenen Armen aufgenommen. Und allen Seiten wäre wirklich geholfen!

www.aufruf-zum-gehorsam.eu
www.kreuz.net
www.kath.net
www.kathnews.de
www.katholisches.info
www.gloria.tv
www.kirchliche-umschau.de
www.diewahrheit.com
www.hli.at

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
GZ 02Z030443 S Benachrichtigungspostamt 4623 Gunskirchen

Inhalt

Aufruf zum Gehorsam	Seite 1
Erfahrungsbericht eines Pfarrers	Seite 4
D: Der frömmste Spiegel-Artikel aller Zeiten	Seite 6
F: Warum erfährt die Piusbruderschaft...	Seite 6
CH: 106.000 EURO Jahresgehalt	Seite 7
USA: Naht das Ende der Abtreibungen?	Seite 8
US-Repräsentantenhaus stoppt Zuschüsse	Seite 9
Auf welcher Seite stehen die Bischöfe?	Seite 10
Messfeier von Oberlaiminnen in Tirol	Seite 10
Interessantes von Amnesty International	Seite 11
Der nächste Pfarrer frei zum Abschuss	Seite 12
Die neue ungarische Verfassung	Seite 12
Gespräche der Piusbruderschaft mit Rom	Seite 13
Die Erzählung vom reinen Honig	Seite 14
Unterstützer "Aufruf zum Ungehorsam"	Seite 15
Diverses	Seite 16
Impressum	Seite 3

Der Gehorsam

Es gibt keine Gemeinschaft, sei es eine Firma, Organisation oder ein Verein, in der (bezahlte!) Mitarbeiter ganz offen zum Ungehorsam gegenüber der legitimen Führung aufrufen könnten, ohne Konsequenzen tragen zu müssen. Die zusätzliche Ironie dabei ist, dass jeder Priester bei seiner Weihe ausdrücklich (freiwillig!) seinen Gehorsam gelobt!

Wie werden die Bischöfe reagieren?

Die Krise der Kirche ist eine Krise der Bischöfe! Seit Jahrzehnten schauen die Bischöfe der Entwicklung in ihren Diözesen zu (oder weg). Denn in einem Punkt hat die *Pfarrer-Initiative* völlig recht: Sie will, nach eigener Aussage, nur jenen "Ungehorsam", der schon längst hundertfach mehr oder weniger heimlich praktiziert wird, jetzt einfach legalisieren! Und man muss leider feststellen, dass die Bischöfe bis heute entweder nicht in der Lage waren, gegen die "Los-von-Rom"-Bewegungen in ihren Diözesen vorzugehen, oder, was noch schlimmer ist, sie fördern selbst diese Entwicklungen (etwa durch Personalentscheidungen oder durch zweideutige Aussagen)! Die Beispiele sind Legion (DIE WAHRHEIT berichtet seit nunmehr 25 Jahren darüber): Es gibt heute Pfarrer, die "ganz ehrlich und offen" zu ihrer "Freundin" stehen; flächendeckende Laienpredigt; oder Pfarrer, die in offener Sünde Lebende zur Kommunion einladen; uvam. - alles ohne jedwede Konsequenzen!

Es gibt auch noch Priester, die den katholischen Glauben unverkürzt verkünden, dabei aber von der Diözesanleitung so gut wie keine Unterstützung erhalten, ganz im Gegenteil! Wir haben auch einen vom Papst ernannten Weihbischof, der von der "Ortskirche" (mit Hilfe der Medien) verhindert wurde.

Wir brauchen eine echte Reform!

Die Kirche braucht keine profilierungssüchtigen Priester oder Laien, und schon gar keine Laiinnen! Gefragt ist, bei Priestern und Laien, Gehorsam und Demut - auch wenn das in der Welt noch so unmö- dern klingt! Mit Gehorsam und Demut, und nur damit, sind alle echten Kirchenreformen verwirklicht worden. Ungehorsam und Eitelkeit führen zu keiner Reform, sondern nur zu Reformation, d.h. zur Spaltung!

Es ist ein alter Hut, aber aktueller denn je: Die Priesterseminare und Kath. Hochschulen müssen

endlich reformiert werden - damit die Priester (und Religionslehrer) die Wahrheit Christi und der Kirche wieder unverkürzt verkünden, und so ihre Schäfchen in die ewige Seligkeit führen!

Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass kirchliche Angestellte (Priester und Laien) die Lehre der Kirche vertreten, und nicht das Gegenteil, oder eigene, selbsgebastelte Weisheiten! Wie kann es ein Bischof zulassen, dass seine Schäfchen, für die er einst einzeln Rechenschaft ablegen muss, durch bezahlte Mitarbeiter der Kirche von der wahren Lehre der Kirche weggeführt werden? Dabei zwingt man die Gläubigen noch mittels weltlichem Gericht, dieses selbst zu finanzieren!

Gewissen auf dem Holzweg

Immer wieder hört man, dass Abweichungen von der Lehre Christi bzw. der Kirche (etwa bei der Unauflöslichkeit der Ehe) mit dem eigenen Gewissen begründet werden. Mit Sicherheit haben auch alle Sektengründer ihre Abspaltung von der Kirche mit ihrem Gewissen begründet.

Die Sünde wider den Heiligen Geist

Genauso oft hört man den Hinweis auf ein angebliches Wirken des Heiligen Geistes, wenn es um spalterische Aktivitäten in der Kirche geht. Damit wird dem Heiligen Geist, also Gott selbst unterstellt, dass Er Seine Kirche spalten will! Oder kann sich der Heilige Geist selbst widersprechen, indem Er den Spaltern das Eine "erkennen" lässt, und dem Papst, Seinem Stellvertreter, das Gegenteil davon?!

Die Forderungen der Neuerer

Ein immer wieder vorgebrachtes Thema sind z.B. die wiederverheirateten Geschiedenen - weil es so viele gibt. Das Gebot Gottes dazu ist klar und deutlich: Du sollst nicht ehebrechen! Soll die Kirche dieses Gebot aus den 10 Geboten streichen, nur weil es heute so massenhaft übertreten wird?

Mit dem selben Argument müsste man auch gleich "Du sollst nicht stehlen!" eliminieren. Und als nächstes "Du sollst nicht töten!", nachdem millionenfach unsere Kinder im Mutterleib ermordet werden. Die ersten drei von den 10 Geboten sind in unseren Landen de facto ohnehin längst verdunstet.

Die Frage ist nur, welches Gebot wollen die Neuerer dann eigentlich noch gelten lassen???

Die zehn Gebote lassen sich nicht reformieren

Aufruf zum Gehorsam

Seit Jahrzehnten bemühen sich die Päpste und die Römische Kurie, den Glauben und das kirchliche Leben in unseren reich und satt gewordenen Ländern zu erneuern. Sie stoßen mit ihren Reformbemühungen auf viel Widerstand. Darum wollen wir ihnen unsere Unterstützung und Hilfe zusagen:

Wir Priester und Laien wollen künftig Zeichen setzen:

1. **WIR WERDEN** zukünftig in jedem Gottesdienst und im persönlichen Gebet eine Fürbitte um eine echte Reform der Kirche sprechen. Diese Reform soll der gegenwärtigen Trägheit entgegenwirken und in uns das Feuer des Heiligen Geistes und der Hingabe an die Kirche vermehren. Wir nehmen das Bibelwort ernst: Bittet, und ihr werdet empfangen. Vor Gott gilt die Freiheit jener Rede, welche die Wahrheit sagt.

2. **WIR WERDEN** uns bemühen, dass gutwillige Gläubige sorgfältig auf den Empfang der Heiligen Kommunion vorbereitet werden und die Heilige Kommunion sorgfältig vorbereitet empfangen. Ohne diese Vorbereitung ist dieser Empfang nur eine äußerliche und leere Geste. Wer die Heilige Kommunion unvorbereitet empfängt, kann von ihr nichts Gutes erwarten.

3. **WIR WERDEN** an Sonn- und Feiertagen eine Extrameile gehen oder fahren, um den Sonntagsgottesdienst zu zelebrieren oder zu besuchen. Wir sind dankbar für ortsfremde Priester, die oft – wie die Apostel – lange Wegstrecken zurücklegen, um für uns das einzige Opfer Christi darzubringen.

4. **WIR WERDEN** unsere Gemeinschaften öffnen und selber für unsere Nachbar-Gemeinschaften offen sein, damit jeder am Sonntag seine Sonntagspflicht erfüllen kann. Das ist für uns ein sichtbarer Ausdruck dafür, dass die Kirche größer ist als meine kleine Gemeinde.

5. **WIR WERDEN** dem Amt des Priesters sowie der Arbeit der Katecheten und theologisch ausgebildeten Laien eine große Wertschätzung entgegenbringen. Das Wort Gottes wird nur dann glaubwürdig verkündigt, wenn die Laien zusammen mit den Priestern und nicht gegen sie arbeiten.

6. **WIR WERDEN** uns dafür einsetzen, dass keine neuen hierarchischen Ebenen und Vorsteher mit eigenen Titeln und eigenem Standesdünkel in den Pfarreien eingeführt werden. Wir brauchen nicht mehr Karrieristen, sondern mehr demütige Zusammenarbeit, die dem Evangelium und nicht der Selbsterhöhung dient.

7. **WIR WERDEN** uns nicht von kirchenpolitischen Diskussionen und Karriere träumen von unserer eigentlichen Aufgabe ablenken lassen, Christus und den Glauben zu verkündigen. Die Kirche ist nicht da, damit sie um sich selber kreist, sondern damit sie der Welt das Evangelium bringt.

Wir sehen uns solidarisch mit jenen Priestern, die in einer sehr schwierigen Situation treu zu ihrem Amt stehen und ihre Aufgabe im Gegenwind ausüben. Sie folgen nicht sich selber, sondern ihrem Retter und Erlöser, auf dessen Wort hin sie ihre Netze auswerfen. Wir sehen alle, Priester und Laien, als Brüder und Schwestern, die am Leib Christi, jeder an seinem Ort, ihre Aufgabe ausüben. Amen.

22. August 2011, am Fest Maria Königin

Kaplan Markus Doppelbauer, Wien

Sie können die Initiative unterstützen:

www.aufruf-zum-gehorsam.eu

Impressum: DIE WAHRHEIT: Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Verein Heimatmission. Redaktionsanschrift: Herbert Lindner, A-4623 Gunskirchen, Preglstraße 3, Fax: 07246 / 6108-5, www.diewahrheit.com E-Mail: redaktion@diewahrheit.com Druck: Hörmannseder & Seidl, A-4921 Hohenzell; Nachdruck mit Quellenangabe erlaubt. DVR: 0706809. Erscheint unregelmäßig. Freiwillige Spenden bitte auf das Konto "Heimatmission", in Österreich: Konto 412 0598 0000 bei der Welser Volksbank, BLZ 44800 (vom Ausland: IBAN: AT46 4480 0412 0598 0000; BIC: VBWEAT2WXXX). In Deutschland: Konto 1001291200 bei der Oberbank München, BLZ 70120700.

Offenlegung: DIE WAHRHEIT ist ein Organ des Vereines Heimatmission. Grundlegende Richtung der Zeitung: Die Verbreitung des Katholischen Glaubens in Kirche, Politik und Öffentlichkeit für normale Katholiken. Vordringliche Aufgabe des Vereines: Heimatmission. Medieninhaber, Herausgeber und Verleger ist der Verein Heimatmission der durch seinen Obmann, Herbert Lindner, A-4623 Gunskirchen, Preglstraße 3, nach außen vertreten wird. Die Zeitung wird ausschließlich durch Spenden finanziert.

Erfahrungsbericht eines Pfarrers

Ich begann meine Tätigkeit als Pfarrer in xxx (Diözese Linz) mit 1. Sept. 2006. Ich hatte noch beim Vorgänger nachgefragt, wieweit es in der Liturgie bereits zur Gewohnheit gewordene Änderungen gibt, sodass sich die Pfarre vom Allgemeinüblichen unterscheiden würde. Diese Frage wurde verneint. Was mich dann nach der Installation erwartete, war alles andere als das Versprochene:

Die Hochfeste wurden von einem Liturgiekreis aus Ehrenamtlichen vorbereitet. Dabei kamen die Texte des allgemeinen Ritus aus dem Missale nur noch zu verschwindenden Anteilen vor. Viele Texte waren nach Geschmack der Vorbereitenden und der Gemeinde selber erstellt. Die Texte waren nicht grundsätzlich falsch oder unbrauchbar, aber dennoch sehr einseitig und bestimmte Themen der Spiritualität grundsätzlich ausgespart. An den normalen Sonntagen wurde in der Regel das Tages- und Schlussgebet des offiziellen Textes durch ein anderes ersetzt.

Langsame Rückführungsabsichten

Ich hatte nicht mit einem Schlag alle bisherigen Gewohnheiten eliminiert, sondern beschränkte mich zunächst darauf, dass die Präfationen und das Hochgebet aus dem Missale verwendet wurden. Der Liturgiekreis, welcher die Texte immer erstellt hatte, war ja mit Ablaufdatum, da er nach einem Jahr aus Altersgründen der Mitglieder „in Ruhestand“ trat. Mit dieser Gelegenheit führte ich schrittweise die Tradition der Verwendung der Texte aus dem Missale ein, indem kein neuer Liturgiekreis im alten Stil installiert wurde, sondern gelegentlich der eine oder andere Gottesdienst von einem Team vorbereitet wurde. Es gab keinen offenen Widerstand, im Hintergrund aber wuchs die Unzufriedenheit mit dem Pfarrer als Liturgen. Mit Geschick ließ es sich die ersten beiden Jahre vermeiden, dass es zu einem Konflikt gekommen war. Ich ließ in den Predigten – wenn ich einmal im Monat zum Predigtdienst an der Reihe war – die bisher vernachlässigten Themen einfließen und Katholisches erläutern. Ein besonderer Schwerpunkt lag da am Verständnis der Eucharistiefeyer und der Sakramente. Dies bewirkte jedoch, dass auch gegen meine Predigten eine Opposition gewachsen war. Ich hatte als Pfarrer nicht der modernen Tradition der Pfarre entsprechen können.

Ungeplanter Krach bei der Erstkommunionvorbereitung

Für die Vorbereitung der Kinder auf die Erstkommunion hatte sich nach zwei Jahren auch die langjährige Leiterin zurückgezogen. Von der PGR Obfrau wurde ich auf die Verantwortung hingewiesen, dass

ich als Pfarrer jemanden finden müsse. Ich übernahm diesen Auftrag und fragte genau bei jenen Personen nach, die mir empfohlen wurden. Es hatte sich über Monate hinweg niemand für diese Aufgabe bereit erklärt. Eine der vorher gefragten und empfohlenen Personen war dann für die Aufgabe bereit, wenn wir einen Behelf für die Erstkommunionvorbereitung verwenden, den sie von einer Freundin her kannte. Mit dem Einlassen auf diesen dezitiert katholischen Behelf konnte ich gleich ein ganzes Team für die Vorbereitung gewinnen. Wir hatten auch die Religionslehrerin in ein Vorbereitungstreffen mit einbezogen. Diese begann aber bereits in den nächsten Tagen heftige Opposition unter den Mitarbeitenden der Pfarre zu betreiben. Sehr rasch war eine nur mehr aufgehetzte Stimmung vorhanden, als ob das lange unter der Oberfläche Gärende zur Explosion gekommen wäre. Sehr schnell wurde mentale Unterstützung im Schulamt der Diözese Linz und bei verschiedensten Stellen gefunden. Ich hatte als Pfarrer den Behelf unserem Herrn Diözesanbischof vorgelegt und zur eingehenderen Prüfung hinterlassen. Ich bekam von ihm die Zustimmung, mit diesem katechetischen Material arbeiten zu können.

Probleme: Laienpredigt in der Eucharistie

In diesem Zusammenhang kam ich mit dem Bischof über mehrere Themen der Pfarre ins Gespräch, die mir Sorge bereitet hatten. So wurde ich vom Bischof auch darauf hingewiesen, dass die bisherige Praxis beendet werden müsse, in der die Pastoralassistentin einen regelmäßigen Predigtdienst bei der Eucharistie übernimmt. Mir war dies insofern nicht unangenehm, da ein unbehagliches Thema damit zur Sprache kam: Es war durch die drei ehrenamtlichen Diakone und die Pastoralassistentin eingeführt, dass ich als Pfarrer de facto nur etwa ein Mal im Monat bei der Eucharistiefeyer auch selber predigte, was mir auf Dauer nicht gefiel. So hatte ich eingeführt, jeden 2. Sonntag selber zu predigen und die Pastoralassistentin eben entsprechend der diözesanen Ausnahmen. Somit war eine offene Opposition gegen den Pfarrer eingetreten. Bei Sitzungen des PGR mit 70 – 90 Gästen, die alle ein Mitspracherecht hatten, wurde versucht, mich umzustimmen bzw. zu erpressen. Schließlich wurde ich auch zum Rücktritt als Pfarrer aufgefordert.

Agieren der Bereichsleitung Pastorale Berufe

Die Pastoralassistentin war dann mit Rücken- deckung des Referates von Frau Dir. Mag. Gruber-Aichberger in den Krankenstand entlassen worden, weil die Situation für sie emotional unerträglich sei. In einem Gespräch zwischen Gruber-Aichberger und

Erfahrungsbericht eines Pfarrers

der Pastoralassistentin mit mir, brachte ich zum Ausdruck, dass es sehr unangenehm sei, dass es jetzt überall heißt, „Der Pfarrer ist so gemein zur Pastoralassistentin, dass sie jetzt krank geworden ist!“ Darauf versuchte mich die Direktorin durch Gestik und Stimmlage einzuschüchtern, indem sie mir vorwarf, dass die Pastoralassistentin solches ja nie behauptet hätte. Erst nachdem ich sie in die Schranken gewiesen hatte und ihr darlegen konnte, dass ich dies auch nicht behauptet habe, aber die Wirkung unter der Pfarrbevölkerung mit dieser Deutung ein unleugbares Faktum sei, konnte das Gespräch fortgesetzt werden. Auch in Gegenwart ihrer für sie parteiischen Vertretung durch die Direktorin beantwortete die Pastoralassistentin meine Frage, was ich ihr denn so Verletzendes angetan hätte, dass sie krank sei, mit: „Eh' nichts“. Auf mein weiteres Nachfragen kam es zum Vorschein, dass sie einfach der Konflikt krank mache und die Tatsache, dass sie nicht mehr predigen dürfe.

Frau Dir. Aichberger hatte auch zum Erstkommunionvorbereitungsbehelf Stellung genommen. Auf mein Nachfragen bemängelte sie die Opfertheologie als möglichen Zugang zur Hl. Messe. Nachdem ich über diese Aussage mit dem Bischof gesprochen hatte, nahm sie diese wieder zurück und sagte, ich hätte sie missverstanden und falsch zitiert.

Erstes Einschreiten des Generalvikars

Inzwischen hatte der H. Generalvikar die Sache zur Behandlung. Er machte den Vorschlag, mit Univ. Prof. Dr. Ewald Volger von der KTU einen Klausurtag zur Liturgie mit dem PGR zu veranstalten. Dieser Vorschlag wurde vom PGR abgelehnt, weil sie sich darauf beriefen, dass die bisherige langjährige Tradition ein Recht habe, beibehalten zu werden. Auch ein Gespräch mit dem Generalvikar und der PGR Leitung kam zunächst nicht zustande, da noch eine PGR Sitzung vorgesehen war, bei der der Pfarrer einer Gegnerschaft von ca. 100 Personen allein gegenüberstand. Doch die Erpressung war nicht gelungen, er blieb trotz des enormen öffentlichen Druckes bei seiner katholischen Position.

Minimalforderungen des Pfarrers

Der Pfarrer beschränkte sich auf ganz wenige Minimalforderungen, von denen er nicht bereit war, sich vom PGR umstimmen zu lassen:

1. Der Pfarrer predigt jeden zweiten Sonntag bei der Eucharistiefeier selber und bei der Abendmesse jedes Mal selber.
2. Es finden die Texte des Missale Verwendung und die Tradition der selber vorbereiteten Gebete innerhalb der Eucharistiefeier hört auf.
3. Die Pastoralassistentin predigt nur mehr zu bestimmten Gottesdiensten: KFB Suppenonntag,

Weltfrauentag, JS Gottesdienste, Dreikönigsaktion, Jugendmesse,... aber nicht mehr in einem regelmäßigen „Predigtrad“.

Diese Minimalforderungen wurden vom Pfarrer formuliert, den Mitarbeitenden und verschiedensten diözesanen Stellen (Bischof, Generalvikar,...) weitergegeben. Es war jedoch vergeblich.

Lösung des Konflikts

Im Jänner fand dann eine Konfliktlösungssitzung mit dem H. Generalvikar, dem H. Dechant und der PGR Leitung statt. Dort wurde aber keinesfalls über die inhaltlichen Probleme gesprochen, sondern über Kommunikationsprobleme. Nach der Aufforderung durch den Generalvikar konnten einmal alle Mitglieder die Unzufriedenheiten mit dem Pfarrer äußern. Dabei wurde der Generalvikar auch ersucht, den Pfarrer von der Seelsorge abzuziehen und in ein diözesanes Büro zu versetzen, weil er als Seelsorger nicht die nötigen Eignungen hätte. Dies konnte ohne Korrektur ausgesprochen werden. Da die Pfarrverantwortlichen kein inhaltliches Einlenken akzeptieren wollten und sich keiner mehr eine Zusammenarbeit mit dem Pfarrer vorstellen konnte, war die Sache klar: Es ist besser, wenn er freiwillig als Pfarrer zurücktritt. Was dann in der selbigen Sitzung noch geschehen ist.

Beweggründe des Pfarrers für den Rückzug

Von Seiten der Diözese war keine Unterstützung in den inhaltlichen Forderungen zu erwarten. Sie wurden im Konfliktgespräch bewusst (wörtlich so formuliert!) aus der Diskussion ferngehalten. Der Pfarrer hatte keinen Rückhalt zu erwarten, aber eine dauerhafte Opposition und die schwere Unterstützung seiner Gegner bei diözesanen Stellen. Die Pfarrverantwortlichen der Pfarre xxx hatten es selber formuliert, dass ihnen der Sozialfaktor ein viel wichtigerer Schwerpunkt sei, als die sonntägliche Liturgie. So ist es auch Tradition, dass gut die Hälfte der Besucher des wöchentlichen Pfarrfrühschoppens es für nicht notwendig erachten, auch bei der Eucharistischen Feier dabei zu sein. Es wurde sogar in einer Predigt gesagt, dass die Sonntagspflicht eine Einführung der Kirche sei und Gott den Gottesdienstbesuch nicht brauche. Und genau dieser Sozialfaktor ist für den Großteil der Ehrenamtlichen der Kern des Pfarrlebens. So hatte der Pfarrer darauf verzichtet, die Pfarre zu verändern, sondern zog es vor, seine Dienststelle zu ändern. Der Pfarrer hätte die Pfarre in ihrer bisherigen Gestalt so ziemlich niederreißen und neu aufbauen müssen. Genau das aber wollte er aus rein menschlichem Respekt nicht tun. Nachdem der Amtsverzicht bekannt geworden war, konnte der Pfarrer auch wieder in Ruhe seine letzten Monate in der Pfarre verbringen.

D: Der frömmste Spiegel-Artikel aller Zeiten

In der Heiligen Messe der Piusbruderschaft kann man sehen und erleben, warum das Christentum einmal eine große Religion war.

(kreuz.net, 8.2.2011) „Man traut seinen Augen nicht, was da von Matthias Matussek aus dem ‘Spiegel’ kommt – der frömmste Artikel, der je dort erschien.“ Das erklärte der deutsche Blog ‘fact-fiction.net’ am vergangenen Sonntag. Der nicht religiöse Blog-Autor fügt hinzu: „Das ist im Übrigen auch meine Meinung – so stelle ich mir die Kirche vor.“ Doch er sieht die Kehrseite: „Statt dessen haben wir in Deutschland einen verluterten Kleriker-Haufen, der von oben herab nach unten stinkt.“

Zwar kenne er sich im Ausland zu wenig aus. Doch: „Deutschland hat aber vermutlich das miserabelste Kirchenpersonal weltweit.“ Denn: „Die glauben an Greenpeace, Allah, die Klimaerwärmung, Biosprit,

an den Kommunismus und jeden politikkorrekten Dreck, der ihnen vorgesetzt wird.“ Dann kommt die Einschränkung: „Nur an die Bibel glauben sie nicht.“

Der Autor des Blogs wundert sich nicht, dass die Zahl der Kleriker immer mehr zurückgeht: „Die strikten Pius-Brüder legen dagegen zu.“ Er erinnert daran, dass in Deutschland altherwürdige Klöster – wie Geistingen oder Weingarten – geschlossen werden. Das Gegenstück: „In derselben Zeit haben die zahlenmäßig viel schwächeren Piusbrüder das Kloster Reichenstein nach 200 Jahren wieder aufgemacht und sind beim Renovieren.“

In der Heiligen Messe der Piusbruderschaft könne man sehen und erleben, warum das Christentum einmal eine große Religion war: „Wer dagegen in eine katholische Messe heutiger Prägung hineinschnuppert, kommt vermutlich nie mehr wieder und bleibt am Sonntagmorgen lieber in der Falle.“

F: Warum erfährt die Piusbruderschaft eine Sonderbehandlung?

(kreuz.net, 2.9.2011) Am 7. Juli fand in der Kathedrale von Amiens eine orthodoxe Liturgie statt. Das berichtete die Webseite der Orthodoxen Gemeinschaft in Frankreich. Amiens ist eine Bischofsstadt mit 136.000 Einwohnern. Sie befindet sich 130 Kilometer nördlich von Paris.

Eine Liturgie, wie sie die Altliberalen verboten haben

Die Liturgie fand zum orthodoxen Fest der Geburt des Johannes des Täufers statt. In der Kathedrale von Amiens wird der Kopf des Täufers aufbewahrt. Wie es sich gehört, erschienen die Frauen mit verschleiertem Haupt. Die Liturgie wurde erwartungsgemäß zum Herrn hin gefeiert. Mahltische sind bei den Orthodoxen verpönt.

Hauptzelebrant war der 36jährige orthodoxe Bischof Nestor [Sirotenko] von Chersonèse. Er ist zuständig für die Gemeinschaften des Moskauer Patriarchates in Frankreich, in der Schweiz, in Spanien und in Portugal. Der Bischof wurde von dem in Paris residierenden weißrussischen Erzbischof Gabriel [de Wilder] von Comane und von Bischof Théodose [Ivachtchenko] von Seattle assistiert. Der orthodoxe Erzbischof Gabriel de Wilder stammt aus den Niederlanden.

Er ist ein abgefallener Katholik und ehemaliger Alumne

eines katholischen Priesterseminars.

Die Piusbruderschaft kann draußen warten

Bischof Jean-Luc Bouilleret (57) von Amiens ist den Orthodoxen mehr zugetan als den Katholiken. Denn die Gemeinde der Piusbruderschaft in Amiens ließ er nach dem Verlust ihrer alten Kapelle über drei Jahre auf der Straße stehen. Die Bitte der Altgläubigen um einen Gottesdienstort wies er ab.

Der Bischof gibt sich sonst gerne als weltoffen. In der Vergangenheit hat er mehrfach Moslems auf dem Vorplatz der Kathedrale begrüßt. Die Piusbruderschaft von Amiens zelebriert inzwischen in einem umgebauten Schuppen, obwohl in der Stadt zahlreiche Kirchen leer stehen.

Kommentar: In Österreich verbot Kardinal Schönborn einem neugeweihten Priester der Bruderschaft die Primiz in der Kirche seines Heimatortes, obwohl der Pfarrer eingewilligt hatte. Gleichzeitig wurde bekannt, dass der Kardinal eine Wiener Kirche den Orthodoxen "schenkt", obwohl dort eine lebende Pfarrgemeinde vorhanden ist. Man hat heute den Eindruck, dass in unseren Kirchen alles möglich ist (ob Derwische, Orgelkonzerte oder protestantische Gottesdienste), nur eines nicht: Eine Hl. Messe, wie sie Jahrhunderte dort gefeiert wurde (und wofür diese Kirchen einst gebaut wurden)!

CH: 106.000 EURO Jahresgehalt für kirchlichen "Halbtagsjob"

Das Problem mit der Kirchensteuer und den hochdotierten Oberlaien ist auch in der Schweiz bekannt:

Der Churer Generalvikar Grichting fordert die Abschaffung der Kirchensteuer in der Schweiz und provoziert damit Kirchenfunktionäre, die „fürstliche Gehälter“ beziehen, darunter Benno Schnüriger (117.000 Franken pro Jahr für 55-Prozent-Job).

Chur (kath.net, 1.3.2011): Martin Grichting, Generalvikar im Bistum Chur, hat vor einigen Tagen erneut Kritik an der umstrittenen Kirchensteuer in der Schweiz geübt und für die Abschaffung plädiert. Im Gespräch mit dem „Sonntagsblick“ übt Grichting Kritik daran, dass durch die Kirchgemeinden und Kantonalkirchen so etwas wie ein zweiter Machtpol entstanden sei. Dies sei eine Verletzung der Religionsfreiheit und stehe damit im Gegensatz zum Wesen der Kirche, wo es nur eine Leitung und einen Chef gebe. Der Churer Generalvikar möchte lieber eine Mandatssteuer und dass die Kirche durch Spenden finanziert werde. Letzteres ist übrigens fast weltweit das „Finanzgeheimnis“ der Kirche. Für Grichting ist es nicht mehr legitim, dass der Staat den Kirchgemeinden hilft, Kirchensteuern zu erheben. „Die Kirchensteuern gehören abgeschafft!“, stellt der Generalvikar klar fest. „Wenn das mit den Austritten so weitergeht, werden sich die staatskirchenrechtlichen Institutionen eines Tages von selbst auflösen. Besser also, wir handeln jetzt – und machen selbst eine Reform.“

Das Anliegen von Grichting wird übrigens auch von Kardinal Kurt Koch unterstützt, der ebenfalls für eine Mandatssteuer offen ist. Es ist ein offenes Geheimnis, dass man im Vatikan selbst mit den Schweizer Kirchen(steuerver)hältnissen seit Jahren unzufrieden ist und für eine Änderung sehr offen ist. Klar ist auch, dass angesichts der Entwicklungen das System längerfristig kaum mehr zu erhalten sein wird.

Widerstand zu den „revolutionären Ideen“ von Grichting kommt daher naturgemäß von denjenigen, die derzeit am meisten davon profitieren,

darunter die Römisch-Katholische Zentralkonferenz (RKZ), in der alle Kantonalkirchen vertreten sind. Gegenüber der KIPA behauptet Daniel Kosch, Generalsekretär der Römisch-Katholischen Zentralkonferenz der Schweiz, dass die Vorschläge von Grichting einen „Angriff auf die staatskirchenrechtlichen Strukturen“ darstellen und dass durch die Mandatssteuer die Bischöfe über deren Erträge verfügen. Wörtlich meint Kosch: „Die Gemeinden wären aber in ihrer Ausgestaltung des kirchlichen Lebens eingeschränkt. Der Bischof könnte allein über die Ausrichtung der Pastoral verfügen, was zweifellos einschneidende Folgen für die Arbeit der Lientheologinnen, Lientheologen und für die Stellung der Frauen in der Kirche hätte“, sagt Kosch und gibt dann ziemlich offen zu, dass es um Geld und Macht gehe. Die Steuerzahler hätten laut Kosch „keinen Einfluss“ mehr darauf, was mit ihrem Geld geschehe.

Zu den schärfsten Verteidigern des Systems gehört auch Benno Schnüriger, der Präsident des Zürcher Synodalrates, der Exekutivbehörde der Katholiken in dem Kanton. Zum Churer Bischof Vitus Huonder findet er meist deftige Worte. So behauptet er laut NZZ, dass es mit dem Bischof „weder eine Zusammenarbeit noch einen Meinungs austausch“ gäbe und dass der Churer Bischof von Mitarbeitern Kadavergehorsam fordere. Wenn man sich allerdings die Hintergründe des „Zürcher Systems“ ansieht, ist klar, dass unter anderem Schnüriger zu den größten finanziellen Profiteuren des Systems gehört. Für einen 55-Prozent-Job bekommt der Präsident 117.057 Franken (etwa 106.000 Euro!) im Jahr überwiesen. Dies ergibt bei einer 100 Prozent-Anstellung mehr als 212.000 Franken (mehr als 193.000 Euro!) im Jahr. Angesichts dieser kirchlichen Privilegien ist es verwunderlich, dass Josef Annen, der Generalvikar von Zürich/Glarus, sich entschieden von den Äußerungen des Churer Generalvikars Grichting distanzierte und behauptet, dass im Kanton Zürich das staatskirchenrechtliche System von den Katholiken so gewollt sei.

Über die christliche Spaltung

„ ... Ich bin nicht gekommen, um Frieden zu bringen, sondern das Schwert.“ Mt. 10,34

„Denn es muss Parteiungen geben unter euch;

nur so wird sichtbar, wer unter euch treu und zuverlässig ist.“ 1 Kor. 11,18.

„ ... Haltet euch von jedem Bruder fern, der ein unordentliches Leben führt und sich nicht an die Überlieferung hält, ...“ 2 Thess. 3,6

USA: Naht das Ende der Abtreibungen?

Wenn irgendwo eine Handvoll Kirchengegner gegen den Papst demonstrieren, sind unsere Medien voll davon. Wo hört oder liest man jedoch, dass 250.000 gegen die Abtreibung demonstrierten?

250.000 Teilnehmer beim Marsch für das Leben 2011 in Washington

Schätzungsweise 70 % der Teilnehmer des Marsches waren unter 21 Jahre alt, was viel über die Zukunft des Lebensschutzes in den Staaten aussagt - Ein kath.net-Korrespondentenbericht von Bernhard Rohrmoser / New York City.

Washington D.C.(kath.net, 25.1.2011) Am 22. Jänner 1973 fällte der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten von Amerika im Fall Jane Roe gegen den Staatsanwalt von Texas (Henry Wade) eine Grundsatzentscheidung für die Abtreibung. Dadurch wurde die Abtreibung in den Vereinigten Staaten legalisiert. Seither findet jedes Jahr in Washington DC im Jänner der Marsch für das Leben statt. So auch dieses Jahr. Etwa 250.000 Menschen aus allen Teilen der USA marschierten dieses Jahr am Kapitol vorbei zum Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten. Anschließend konnten die Teilnehmer ihren jeweiligen Kongressabgeordneten besuchen, um sich persönlich für den Lebensschutz einzusetzen. Zuvor fand eine Kundgebung an der National Mall mit Reden statt und rund um den Marsch gab es noch einige Veranstaltungen.

Obama, Gates, Buffet

Ziel des Marsches ist der Schutz des Lebens von der Empfängnis bis zum Tod durch jeden Menschen und den Staat. Dies schließt u.a. die Rücknahme der Legalisierung der Abtreibung, den Stopp der Finanzierung von Abtreibungsorganisationen durch den Amerikanischen Staat sowie das Ende deren Unterstützung durch Barack Obama ein. Die größte dieser Organisationen in den Vereinigten Staaten ist Planned Parenthood. Sie finanziert sich u.a. in wesentlichem Ausmaß durch den Amerikanischen Staat sowie durch die Stiftung von Melinda und Bill Gates, die ihrerseits massiv von Warren Buffet finanziell unterstützt wird. Die größte treibende Kraft hinter dem Marsch für das Leben ist die Katholische Kirche und deren Lebensschutzprogramme,

die u.a. aus dem Beten vor Abtreibungseinrichtungen und auch aus der Beratung von Müttern dort besteht (sogenanntes „sidewalk counselling“). Allerdings fanden sich im Protestzug auch hie und da andere, kleinere Gruppierungen wie „Anglikaner für das Leben“, „Orthodoxe Christen für das Leben“, etc. Die Argumentation für den Lebensschutz stützt sich v.a. auf das Naturrecht, die Bibel und die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten, die angibt, dass der Mensch von seinem Schöpfer mit unveräußerlichen Rechten ausgestattet worden ist. Noch vor dem Recht auf Freiheit nennt sie das Recht auf Leben. Schätzungsweise 70 % der Teilnehmer des Marsches waren unter 21 Jahre alt, was viel über die Zukunft des Lebensschutzes in den Staaten aussagt.

Priester, Ordensleute, Bischöfe

Im Protestzug fand sich eine Vielzahl von Jugendgruppen, Schülern aus Katholischen Schulen, Studierenden an Katholischen Universitäten sowie eine auffallend hohe Zahl von Priestern und Ordensleuten. Im Unterschied zum deutschen Sprachraum war besonders herausstechend, dass mehrere Bischöfe im Protestzug mit ihren Priestern und Seminaristen marschierten. Der Protestzug war insgesamt eine bunte Mischung aus Transparenten, Sprechchören, Rosenkranzbeten und Singen. Besonders auffallend war eine Gruppe von Frauen und Männern, die eines ihrer Kinder abgetrieben hatten. Sie trugen Transparente mit der Aufschrift „Ich bereue meine Abtreibung“ oder „Ich bedaure meine verlorene Vaterschaft“. Andere Slogans lauteten „Ich liebe Babys, und du?“, „Für das Leben!“, „Verteidige das Leben!“ oder „Bete, um die Abtreibung zu beenden!“. Zudem trugen viele Gruppierungen Transparente, die meist u.a. aussagten, wer sie sind (z.B. Priesterseminar St. Joseph pro life). Viele Teilnehmende trugen Fahnen der Vereinigten Staaten, des Vatikan, ihrer Diözese oder Gruppierung. Auch manche Kreuze waren zu sehen. Insgesamt war die Atmosphäre des Zuges durch die vielen, begeisterten Jugendlichen unglaublich positiv, gelöst und voll von Inspiration und Überzeugung. Der Glaube und das Ideal des Lebensschutzes wurden durch diese vielen Zeugnisse spürbar. Die Länge des Protestzuges war schier unübersehbar. Der Protestmarsch wurde von EWTN übertragen und an einer Stelle gab es

eine kleine Kundgebung vor den Bildern von abgetriebenen Kindern. Auch wurden verschiedene Flugblätter und Broschüren verteilt. Ich persönlich bekam das „Gebet eines abgetriebenen Babys“ in die Hand sowie eine Broschüre der „American Society for the Defense of Tradition, Family and Property“. Darin wird auf prägnante Weise der Zusammenhang zwischen Sozialismus und Abtreibung dargelegt. Demnach besteht Sozialismus darin, die persönliche Verantwortung des Menschen an den Staat (oder Organisationen) zu delegieren, wie dies u.a.

bei der Abtreibung der Fall ist: Handlungen werden (vermeintlich) ihrer Konsequenzen beraubt. Angesichts ineffizienter, teurer Sozialsysteme, der Überalterung der Gesellschaften und der zu oft übermächtigen Rolle des Staates in vielen Bereichen (z.B. Kindererziehung) sollten wir in Europa verstärkt über die Auswirkungen des Sozialismus als Weltanschauung nachdenken. Jane Roe, durch deren Fall 1973 die Abtreibung legalisiert wurde, änderte ihre Meinung und sie ist heute im Lebensschutz aktiv.

US-Repräsentantenhaus stoppt Zuschüsse für 'Planned Parenthood'

Dass Aktivitäten gegen die vom Staat legalisierte und finanzierte Abtreibung durchaus erfolgreich sein können, beweist folgende Meldung (rund einen Monat nach dem "Marsch für das Leben"):

Die Abtreibungsorganisation erhält keine staatlichen Subventionen mehr - US-Präsident Barack Obama hatte sich hinter Planned Parenthood gestellt.

Washington (kath.net/idea): Die größte Abtreibungsorganisation in den USA, Planned Parenthood (Geplante Elternschaft, vergleichbar mit „Pro Familia“), soll künftig ohne staatliche Zuschüsse auskommen. Das Repräsentantenhaus hat sich am 19. Februar bei einer Abstimmung über ein Sparpaket mit einem Volumen von 60 Milliarden US-Dollar (44 Milliarden Euro) auch für einen Stopp der Subventionen für Planned Parenthood entschieden. Dafür stimmten 240 Abgeordnete, dagegen 185. Es geht um eine Summe von 53 Millionen Dollar (39 Millionen Euro); das sind etwa 15 Prozent der gesamten Jahreseinkünfte der Organisation von 363 Millionen Dollar (265 Millionen Euro). Dem jüngsten Finanzbericht zufolge hat Planned Parenthood im vergangenen Jahr rund 324.000 Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt. Die Organisation, die über 800 Einrichtun-

gen unterhält, ist ins Gerede gekommen. Berater sollen versäumt haben, den Verdacht sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen zu melden. Die Anti-Abtreibungsorganisation Live Action hatte Beratungsgespräche verdeckt aufgenommen und Videos im Internet veröffentlicht. Planned Parenthood lässt jetzt Tausende Mitarbeiter neu schulen; wer gegen die Meldepflicht verstößt, soll fristlos gekündigt werden.

Obama: Vorwürfe „fabriziert“

US-Präsident Barack Obama stellte sich hinter Planned Parenthood. Die Vorwürfe seien „fabriziert“, sagte er in einem Fernsehinterview. Die Organisation habe immer „gute Arbeit“ geleistet. Obama tritt für das „Recht“ der Frauen auf Abtreibung ein, will aber die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche unter anderem durch Aufklärung und Adoptionen vermindern. Das Oberste Gericht hatte 1973 mit seinem Grundsatzurteil „Roe gegen Wade“ die Abtreibung legalisiert. Seither sind in den USA schätzungsweise mehr als 53 Millionen Kinder im Mutterleib ohne rechtliche Folgen getötet worden. Lebensrechtler fordern, dass das Oberste Gericht dieses Urteil widerruft.

kath.net, 23.2.2011

Abtreibung in Österreich

Trotz aller anderslautenden Statements: In Österreich ist die Abtreibung **gesetzlich verboten** - aber, so sonderbar es klingt, bis zum dritten Monat "straffrei". Besteht die Vermutung, dass das Kind behindert sein könnte, darf es bis zur Geburt umgebracht werden (Hitler lässt grüßen).

Anlässlich der Spitalsreform gab der oberösterreichische Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer (ÖVP) den OÖ Nachrichten ein Interview:

... **OÖN:** Wenn das AKH Linz seine Gynäkologie-Abteilung, wie vorgeschlagen, an die LFKK abtreten muss, werden dort - wie im AKH - Schwangerschaftsabbrüche im Rahmen der Fristenlösung angeboten?

Pühringer: Unabhängig davon, ob man für oder gegen die Fristenlösung ist - sie ist Bestandteil der österreichischen Rechtsordnung und muss daher, wie immer eine Reform ausgeht, auch in öffentlichen Spitälern angeboten werden. ...

Auf welcher Seite stehen die Bischöfe?

Kirchenrebellentagen. Wo wohl? Natürlich im Linzer Priesterseminar

Genüßlich berichtet *DER STANDARD* am 16.9.2011 über eine Zusammenkunft der verschiedenen kirchenfeindlichen Gruppen Österreichs:

Das Dunkel der Nacht umhüllt das Linzer Priesterseminar. Nur im Seminarraum „Heiliger Severin“ brennt an diesem Mittwochabend noch Licht. Nein, es sind nicht strebsame Priesteranwärter, die sich zu später Stunde biblischer Lektüre hingeben - es ist der katholische Widerstand.

*Am Mittwoch trafen einander in Linz Vertreter von „Wir sind Kirche“, der Pfarrerinitiative, „Priester ohne Amt“ und der Laieninitiative. Mit einem Ziel: künftig gemeinsam „ungehorsam“ zu sein. Insgesamt 60 Klerikal-Rebellentage fanden sich kurioserweise im Priesterseminar ein, um über gemeinsame Strategien im Kampf um eine Kirchenreform zu beraten. Basis ist der derzeit viel diskutierte „Aufruf zum Ungehorsam“ der Pfarrerinitiative rund um den ehemaligen Wiener Generalvikar Helmut Schüller. (soweit *DER STANDARD*).*

Drohbotschaft an die Bischöfe

Angesichts deren Gastfreundschaft zeigen sich die Rebellen jedoch gegenüber den Bischöfen ziemlich undankbar: *„Die Bischöfe glauben ja immer noch, dass sich die Welt dreht, wenn sie ein bisschen mit ihrem Schreibtischglobus spielen. Aber die Welt dreht sich auch ohne die Bischöfe“, erläutert Hans-Peter Hurka, Vorsitzender der Plattform 'Wir sind Kirche' im Gespräch mit dem STANDARD.*

Und weiter, in Anspielung auf die Aufforderung von Bischof Kapellari, etwas "vom Gas" zu gehen:

„Wir steigen jetzt erst so richtig aufs Gas. Wir pla-

nen konkrete Aktionen, etwa einen Marsch in einen Bischofshof. Da bin ich dann gespannt, was der Bischof macht, wenn plötzlich 500 Leute dort auftauchen. Auch ist eine Ausweitung der sogenannten Donnerstaggebete für die Erneuerung der Kirche geplant“, erläutert Hurka. Woher Herr Hurka die 500 Leute nehmen will, verrät er nicht.

"Es wird die Revolution geben" Stefansplatz zu Tahrir-Platz

Auch ein anderer alter Bekannter kommt zu Wort: Anton Achleitner von „Wir sind Kirche“ setzt nach: *„Es ist wie in Ägypten. Es wird die Revolution des Kirchenvolkes in Österreich geben. Wir machen den Stephansplatz zum Tahrir-Platz.“*

Hochwürden Achleitner ist Pfarrmoderator der umstrittenen Welser Pfarre St. Franziskus und langjähriger Vorsitzender von „Wir sind Kirche“ in der Diözese Linz. Aus seiner Pfarre gab es in den letzten Jahren u.a. immer wieder Berichte über Liturgiemissbräuche.

Wo stehen die Bischöfe eigentlich?

Normale Katholiken in Österreich fragen sich immer öfter, auf welcher Seite ihre Bischöfe eigentlich stehen? Einerseits hört man gelegentlich ziemlich halbherzige "Klarstellungen", andererseits stellen sie den Kirchenrebellentagen sogar Tagungsräume (man kann annehmen kostenlos) zur Verfügung. Auch lebt der Großteil der Rebellen von Kirchensteuergeldern! Was soll man davon halten?

Messfeier von Oberlaimen in Tirol

Die Diözese Innsbruck eifert Linz in Punkto Modernität schon immer nach. Der dortige Diözesanbischof Manfred Scheuer ist ja auch von seiner Herkunft her ein Oberösterreicher:

Von den Medien (besonders ORF) groß herausgebracht wurden die "Eucharistiefiern" von weiblichen Oberlaimen in der Diözese Innsbruck. Medienstar ist in diesem Fall die (in die Jahre gekommene) Mitbegründerin von "Wir sind Kirche", Martha Heizer. Sie lehrte zu ihren Berufszeiten am Institut für

Praktische Theologie an der theologischen Fakultät der Universität Innsbruck.

Frau Heizer nahm Brot, Wein, das Evangelium und „unser Leben“. Dann bat sie den Heiligen Geist mit den Wandlungsworten „um die Wandlung der Gaben“. Ob er „dann wandelt oder nicht ist seine Sache, das überlassen wir ihm“ – so Frau Heizer.

Bischof Scheuer, der seine Diözese von einer modernen zu einer sehr modernen Diözese gemacht hat, schiebt die Verantwortung nach Rom ab. Seine Begründung: Das sei ein schweres Delikt, und das muss die Glaubenskongregation behandeln!

Interessantes von Amnesty International

„ai“ verschleudert Spendengelder für horrenden „Abfindungen“ (News4Press.com)

Inzwischen steht es unstrittig fest und wird von Amnesty International (ai) auch öffentlich eingeräumt: Diese internationale Menschenrechtsorganisation bezahlte ihrer ehem. Generalsekretärin Irene Khan eine Abfindung von 533.103 £ (britisches Pfund), das entspricht satten 624.734 •.

Das stattliche Jahresgehalt von Irene Khan als ai-Generalsekretärin betrug jährlich ca 132.490 £, also 155.262 •. Khans Abfindung umfasst demnach vier Jahresgehälter. – Zudem erhielt Kate Gilmore (ehem. stellv. ai-Generalsekretär) eine Abfindung von 320.000 £, also 375.045 •. Der Gesamtbetrag der beiden Extrazahlungen beträgt demnach 999,779 •. Also rund eine Million Euro.

Dies dürfte gewiss nicht im Sinne idealistischer Spender und ehrenamtlicher Unterstützer von „Amnesty International“ sein – und müsste auch so manchen Sympathisanten von „ai“ ernüchtern.

Frau Khan war die erste muslimische Generalsekretärin von „Amnesty International“. Die Asiatin fiel während ihrer Amtszeit von August 2001 bis Dezember 2009 durch vehementen Linksdrall und israelfeindliche Agitation auf. Seit Mai 2010 arbeitet sie für die Tageszeitung „The Daily Star“ in Bangladesch.

Ebenfalls im Mai 2010 erschien ihr Buch „Die unerhörte Wahrheit.“ - Darin schreibt die heute 54-Jährige, Armut solle nicht als Schicksal, sondern als Folge und Ursache von Menschenrechtsverletzungen begriffen werden. Während ihrer Arbeit als ai-Generalsekretärin sorgte sie dafür, dass Armut verstärkt als „Menschenrechts-verletzung“ definiert wurde.

Die ultralinke Kämpferin gegen Armut sehnte sich offenbar privat nach immensen Reichtümern, wie ihre Gehälter und die saftige Abfindung belegen; diese beträchtlichen Beträge kassierte sie zudem von einer gemeinnützigen Organisation, die sich seit Jahrzehnten durch antikapitalistische Parolen zu profilieren versucht.

In den 70-er und 80-er Jahren fiel dieser zeitgeist-beflissene Verein durch weit-gehendes „Wegsehen“ bei kommunistischen Verbrechen auf. Besonders wenn es um das Aufdecken von Unrechtstaten in der „DDR“ ging, waren ai-Funktionäre auf ihrem

linken Auge meist von Blindheit geschlagen – durchaus im Gegensatz zur IGFM (Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte) in Frankfurt, die unvoreingenommen auch Verbrechen in kommunistischen Diktaturen anprangerte. Kein Wunder also, dass nicht die IGFM, sondern Amnesty 1978 den UNO-Preis für Menschenrechte erhielt.

Zum Linksdrall von „Amnesty“ passt deren Einsatz für das „Recht auf Abtreibung“, das der Verein im Jahr 2007 propagierte, woraufhin es Proteste von katholischen Mitgliedern gab, aber auch offizielle Beschwerden seitens des Vatikan. Vor allem Kurienkardinal Renato R. Martino äußerte sich deutlich gegen „ai“. Auch die IGFM kritisierte die abtreibungsfreundliche Haltung der ai-Leitung und veröffentlichte einen scharfen Widerspruch des renommierten Völkerrechtlers Prof. Dr. Alfred de Zayas.

Außerdem befasste sich „ai“ immer intensiver mit Aktionen gegen die angebliche „Diskriminierung“ von Homosexuellen und ähnlichen Zeitgeist-Themen, die mit dem ursprünglichen Anliegen von „ai“ - nämlich Hilfeleistung für politisch Verfolgte – nichts zu tun haben. Vor allem im Jahr 2009 war die Amnesty-Berichterstattung vollgepackt mit Homosex-Themen, Interviews und Protesten gegen vermeintliche „Homophobie“ in Europa.

Auch die einseitige Parteinahme pro Palästinenser, verbunden mit einer massiven Abneigung gegen Israel fügt sich in dieses rotgefärbte(Welt-)Bild ein; ebenso die seit Jahrzehnten intensiv betriebene Agitation gegen die USA. Im Jahr 2005 zog sich die damalige ai-Generalsekretärin Irene Khan den Unmut der Bush-Administration zu, als sie das US-Gefangenenlager Guantanamo mit dem sowjetischen Gulag gleichsetzte.

Ob diese ideologischen Kapriolen dem ursprünglichen Anliegen von Peter Benenson - dem Gründer von „ai“ - entsprechen, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden. Der Londoner Rechtsanwalt gründete Amnesty International im Jahre 1961; etwa zur selben Zeit trat er als Jude in die katholische Kirche ein; der 2005 verstorbene Benenson hatte sich mehrfach von linken Tendenzen bei Amnesty distanziert und ist dann aus dem von ihm gegründeten Verein ausgetreten.

Pressemitteilung vom 2.3.2011, Felizitas Küble, Vorsitzende des Christoforuswerks in Münster

Der nächste Pfarrer frei zum Abschluss

Kopfung in der Diözese Linz ist ein 2.000-Seelen-Ort im Innviertel. Die Kirche ist gut besucht, sogar von außerhalb kommen viele Gläubige zur Sonntagsmesse. Der Pfarrer, ein Pole, verkündet noch die normale katholische Lehre. Er ist in seiner Pfarre sehr beliebt und - was auch nicht alltäglich ist - der Pfarrgemeinderat steht hinter ihm. Wen wundert es, dass das alles den Kirchenrebellern, Oberlaien und Medien ein Dorn im Auge ist?

Also wurde ein Medienzirkus veranstaltet, der - wie gewohnt - mit Unwahrheiten gespickt war (die Kopfinger Katholiken planen nun, gerichtlich gegen die *Schärdinger Rundschau* vorzugehen - leider zu spät!). Die Linzer Diözesanleitung, fest in liberaler Hand, sah jetzt auch ihre Chance gekommen, den ungeliebten, weil „zu katholischen“ Pfarrer loszuwerden. Da hilft auch nichts, dass der geschlossene Pfarrgemeinderat auf der Seite des Pfarrers steht und seine Gegner wirklich nur eine Handvoll Rebellen sind!

Es kam, wie es kommen musste: Der Pfarrer erhielt jetzt, nach ein paar „Dialogen“ in Linz, von der Diözesanleitung den Laufpass, obwohl ihm der Bischof zuvor zugesagt hatte, dass er zumindest noch vier Jahre bleiben kann. Er muss gehen, und zwar ohne Begründung und das innerhalb von 3 Wochen! Es wurde ihm auch keine Ersatzpfarre angeboten

(damit will man wohl unterbinden, dass die Kopfinger in seine neue Pfarre pilgern). Das heißt, er muss nach Polen zurückkehren – und das bei unserem angeblich ach so drückenden Priestermangel.

Was will man erreichen?

Dahinter könnte aber auch noch eine andere Strategie unserer Kirchenreformer stecken: Denn wenn man polnische Priester ohne Begründung nach Hause schickt, wollen die polnischen Diözesen vielleicht gar keine Priester mehr nach Österreich schicken! Und die Oberlaien könnten ihr Betätigungsfeld noch weiter ausbauen.

Wie lange noch?

Wie lange werden sich die Gläubigen das noch gefallen lassen? Man muss sich heute als Katholik zwei Dinge überlegen. Erstens: Kann man es mit seinem Gewissen verantworten, diese anti-kirchlichen Machenschaften mit seinen Kirchensteuern zu finanzieren? Und Zweitens: Welche Möglichkeiten bleiben einem noch für den Besuch einer normalen Sonntagsmesse?

Die neue ungarische Verfassung

Viel Medienwirbel hat die neue ungarische Verfassung ausgelöst, sogar EU und UNO zeigten sich "besorgt". Der Text wurde natürlich verschwiegen. Wenn man ihn liest, versteht man sofort, warum die grosse Aufregung. Hier ein paar Stellen daraus:

Gott, segne Ungarn!

Wir, die Mitglieder der ungarischen Nation, erklären am Anfang des neuen Jahrtausends mit Verantwortung für alle Ungarn das Folgende:

Wir sind stolz darauf, dass unser König Stephan der Heilige den ungarischen Staat vor tausend Jahren auf feste Grundlagen gestellt und unser Vaterland zum Glied des christlichen Europa gemacht hat.

Wir sind stolz auf unsere Ahnen, die für das Fortbestehen, für die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes gekämpft haben.

Wir sind stolz auf die großartigen geistigen Leistungen der ungarischen Menschen.

Wir sind stolz darauf, dass unser Volk Europa Jahrhundertlang in Schlachten verteidigt und dessen gemeinsame Werte mit seiner Begabung und seinem Fleiß bereichert hat.

Wir anerkennen die Nationen erhaltende Rolle des Christentums.

Die Verfassung schützt die Institution der Ehe als eine Lebensgemeinschaft zwischen einem Mann und einer Frau sowie die Familie als Grundlage des Fortbestehens der Nation und fördert die Entscheidung zum Kind. Der Schutz der Familie wird in einem Schwerpunktgesetz geregelt. Zum Lebensschutz sagt die neue Verfassung:

Die Menschenwürde ist unantastbar. Jeder Mensch hat das Recht auf Leben und Menschenwürde; dem Leben des Fötus gebührt ab seiner Empfängnis Schutz.

Die neue ungarische Verfassung enthält auch eine Schuldenbremse, wie es sie in dieser Form in keiner anderen europäischen Verfassung gibt.

Gespräche der Piusbruderschaft mit Rom

Interview mit Bischof Fellay nach dem Treffen mit Kardinal William Levada

Anlässlich des Gespräches von S.E. Bischof Bernard Fellay und seinen beiden Generalassistenten mit S.Em. Kardinal William Levada, Präfekt der Glaubenskongregation, am 14. September 2011 um 10.00 Uhr hat der Generalobere der Priesterbruderschaft St. Pius X. folgende Fragen beantwortet:

Wie ist das Treffen verlaufen?

Das Gespräch wurde in großer Höflichkeit und in ebenso großer Offenheit geführt, denn aus Loyalität lehnt es die Priesterbruderschaft St. Pius X. ab, den noch offenen Problemen aus dem Weg zu gehen. In diesem Geist haben sich übrigens auch die Gespräche abgespielt, die in diesen beiden letzten Jahren stattgefunden haben.

Als ich am 15. August dieses Jahres erklärt habe, dass wir uns einig waren über die Tatsache, dass es in Bezug auf das Konzil keine Einigkeit gibt, musste ich präzisieren: Wenn es sich um Dogmen handelt, wie beispielsweise die Dreifaltigkeit, sind wir natürlich damit einverstanden, wenn man den Bezug im II. Vatikanum findet. Ein Satz darf nicht von seinem Kontext losgelöst werden.

Unsere theologischen Gespräche hatten den großen Verdienst, dass all diese Schwierigkeiten in Glaubensfragen in seriöser Weise vertieft und erleuchtet werden konnten.

Das offizielle Kommuniqué des Vatikan und der Bruderschaft kündigt an, dass Ihnen ein lehrmäßiges Dokument übergeben und dass eine kanonische Lösung angeboten wurde. Können Sie hierzu eine Präzisierung machen?

Das Dokument trägt den Titel: „*Préambule doctrinale*“ – „Doktrinelle Präambel“. Es wurde uns zum vertiefenden Studium übergeben. Von daher ist es vertraulich, und Sie werden verstehen, dass ich Ihnen hierzu nicht mehr sagen kann. Der Titel „Präambel“ zeigt jedoch an, dass die Annahme desselben die Vorbedingung für die kanonische Anerkennung der Priesterbruderschaft St. Pius X. durch den Heiligen Stuhl darstellt.

Bezüglich dieser Präambel, können Sie uns – sofern es nicht die Vertraulichkeit berührt – Folgendes bestätigen: Es beinhaltet, wie in der Presse angekündigt, eine Unterscheidung zwischen dem, was man glauben muss, – was die Bruderschaft voll und ganz akzeptiert –, und dem, was zu einem Pastorkonzil gehört, wie das II. Vatikanum es selber sein wollte. Letzteres könnte einer Kritik unterworfen werden, ohne dabei den Glauben in Frage zu stellen?

Diese neue Unterscheidung ist nicht nur von der Presse angekündigt worden, ich habe sie persön-

lich schon aus unterschiedlichen Quellen gehört. Schon 2005 hat mir Kardinal Castrillon Hoyos erklärt, nachdem ich ihm während fünf Stunden die Einwände der Bruderschaft gegen das Konzil erläutert habe: „Ich kann nicht sagen, dass ich mit allem einverstanden bin, was Sie gesagt haben. Aber das, was Sie gesagt haben, bewirkt nicht, dass Sie außerhalb der Kirche stehen. Schreiben Sie also dem Papst, dass er die Exkommunikation aufhebt.“

Heute bin ich es der Objektivität schuldig festzustellen, dass man in der „Doktrinellen Präambel“ keine deutliche Unterscheidung findet zwischen dem Bereich des dogmatisch Unantastbaren und dem Bereich des Pastoralen, das der Diskussion unterworfen ist. Das Einzige, was ich bestätigen kann – weil es bereits in den Presseerklärungen erwähnt wurde – ist, dass diese Präambel „einige Prinzipien in Glaubensfragen und Kriterien für die Interpretation der katholischen Lehre beinhaltet, die notwendig sind, um die Treue zum Lehramt der Kirche und zum *sentire cum Ecclesia* zu garantieren. Sie lässt dabei jedoch berechnete Diskussionen, Studien und theologische Erklärungen mancher Ausdrücke oder bestimmter Formulierungen offen, die gegenwärtig in den Texten des II. Vatikanums und dem nachfolgenden Lehramt bestehen.“

Sehen Sie, nicht mehr und nicht weniger.

Was den kanonischen Status betrifft, welcher der Bruderschaft angeboten werden würde, unter der Bedingung der Annahme der Präambel in Glaubensfragen: Man hat hier eher von einer Prälatur gesprochen als von einem Ordinariat. Ist das richtig?

Wie Sie richtig in Erinnerung rufen, ist dieser kirchenrechtliche Status bedingungsweise: Seine genauen Umstände muss man zu einem späteren Zeitpunkt sehen. Sie bleiben Objekt der Diskussion.

Wann glauben Sie, dass Sie Ihre Antwort auf die Präambel geben werden?

Sobald ich die notwendige Zeit genommen habe, um das Dokument zu studieren und die Hauptverantwortlichen der Priesterbruderschaft St. Pius X. zu konsultieren. Bei einer so wichtigen Sache bin ich meinen Mitbrüdern gegenüber verpflichtet, keine Entscheidung zu treffen, ohne sie im Vorfeld zu befragen.

Aber ich kann Sie versichern, dass wir unsere Entscheidung treffen werden für das Wohl der Kirche und der Seelen. Unser Rosenkranz-Gebetssturm, der noch einige Monate andauert, muss noch nachdrücklicher werden, um durch die Fürsprache von Maria, der Mutter der Kirche, die Gnaden der Erleuchtung und der Stärke zu erhalten, deren wir mehr denn je bedürfen.

Die Erzählung vom reinen Honig

Es war einmal in einem fernen Land ein Bienenzüchterverein, der versorgte das ganze Land mit Honig. Man produzierte und verkaufte den weit und breit besten natürlichen Honig. Durch geschickte Führung wurde der Verein immer größer und gründete bald Niederlassungen in allen Teilen des Landes.

Die besondere Idee

Eines Tages kamen ein paar Mitarbeiter der Vereins-Filiale in Kleindorf auf eine besondere Idee: Sie meinten, dass es viel einfacher wäre, statt der Bienen Wespen zu züchten. Die Wespen schauen ganz ähnlich aus wie die Bienen, sie machen aber viel weniger Arbeit! Also probierte man es einfach aus - natürlich heimlich, ohne die Vereinsleitung zu informieren. Und man fand bald Gefallen an der Sache! Es war sehr bequem, und den fehlenden Honig konnte man durch einfaches Verdünnen des vorhandenen Honigs wettmachen. Damit dies kaum auffiel, fand man eine wahrlich geniale Methode - man streckte den Honig mit Zucker! Anfangs merkte tatsächlich kaum jemand etwas davon. Durch die schlechtere Qualität sank zwar auch der Ertrag, aber man begründete das damit, dass die Menschen eben nicht mehr so viel Honig essen wollen wie früher.

Nur eine kleine Veränderung

Die Sache lief einige Zeit ganz nach den Vorstellungen der Kleindorfer Funktionäre. Es gab zwar einen lokalen Obmann des Bienenzüchtervereines, aber der tat zunächst so, als ob er von den kleinen Änderungen der Vereinsaktivitäten gar nichts bemerken würde. Vielleicht dachte er auch, seine Vereinskollegen würden mit dieser Verrücktheit, wie er es nannte, schon wieder von selbst aufhören. Als es aber nicht von selbst aufhörte, hatte sich die Sache schon so weit verselbständigt, dass der Obmann, auch wenn er gewollt hätte, bereits machtlos dagegen war. Es kam auch zu kleinen Veränderungen im internen Vereinsleben: Hatte man z.B. früher an den Vereinsabenden Vorträge über die Bienenzucht und die Vorzüge des Honigs gehört, so lud man nun Spezialisten für die Wespenzucht ein. Dadurch sank

logischerweise das Interesse der "normalen" Bienenzüchter an den Vereinsabenden. Weil jedoch die Einnahmen mit dem minderwertigen Honig nicht mehr so sprudelten wie früher, musste man sogar einen Großteil des Vereinssilbers verkaufen - darunter ein ganzes Medienimperium, das einst ein Instrument war, den Honig bei den Bürgern des Landes entsprechend zu bewerben.

Freilich waren da auch ein paar einfache Vereinsmitglieder, die darauf hinwiesen, dass der Vereinszweck eigentlich ein ganz anderer ist. Aber denen erklärte man, sie kennen sich eben nicht aus, Wespen züchten ist viel moderner und man müsse halt mit der Zeit gehen. Man beschimpfte sie auch als Fundamentalisten. Daraufhin zog sich ein Großteil dieser "normalen" Bienenzüchter vom aktiven Vereinsleben zurück.

Ratlosigkeit in der Vereinsleitung

Auch in der Hauptstadt hörte man, anfangs nur gerüchteweise, von den neuen Methoden der Bienenzüchter in Kleindorf. Man schickte also einen Gesandten dorthin, um dem Verein in Kleindorf wieder die Vorzüge der Bienenzucht nahezubringen. Aber da war es bereits zu spät! Die Funktionäre in Kleindorf ließen sich von ihrem Weg nicht mehr abbringen und schickten den Gesandten zurück mit der Botschaft: *Den wollen wir hier nicht, der spaltet unseren Verein in Kleindorf!* Es gab tatsächlich unter den Funktionären in Kleindorf auch noch ein paar "normale" Bienenzüchter. Die konnte man zwar erfolgreich unterdrücken, aber man befürchtete, dass sie durch die Anwesenheit des Gesandten aus der Hauptstadt wieder an Einfluss gewinnen könnten - und das wollte man auf keinen Fall zulassen! Immerhin hatte man inzwischen sogar den lokalen Vereinsobmann vom "Modernen Weg" - so wurde die Wespenzucht inzwischen genannt - überzeugen können.

Auch wenn man über das Spaltungs-Argument der Kleindorfer im Hauptvorstand den Kopf schüttelte: Man war schlicht ratlos und überlegte hin und her. Einige sprachen von Vereinsausschluss, andere meinten, man müsste diesen Funktionären nur den Geldhahn zudrehen, dann würden sie schon wieder vernünftig; es handelte sich nämlich bei den Wespenzüchtern von Kleindorf durchwegs um hauptamtli-

Die Erzählung vom reinen Honig

che Mitarbeiter des Vereines. Und es gab sogar im Hauptvorstand Stimmen, die meinten, man solle den "Modernen Weg" der Funktionäre von Kleindorf doch wenigstens überdenken und diskutieren. Aber dieser Vorschlag wurden schließlich mit dem Hinweis auf den Gründer des Vereines verworfen: Der hatte einst die Statuten festgelgt und darauf bestanden, dass daran niemals etwas geändert werden darf. Und daran fühlte sich der Vereinsvorstand dann doch gebunden.

Die Kleindorfer Offensive

In der Zwischenzeit überlegten aber auch die Funktionäre in Kleindorf. Sie wussten genau, dass sie auf Dauer nicht gegen die bestehenden Vereins-Statuten arbeiten konnten, auch wenn der lokale Vereinsobmann inzwischen voll auf ihrer Seite stand (sei es aus Überzeugung oder aus Harmoniebedürfnis). Also blieb nur Eines: Der Gegenangriff! Man hatte ja die mächtigen Medien, Rundfunk, Fernsehen, Zeitungen und Zeitschriften von Kleindorf auf seiner Seite - auch die Redaktion der vereins-eigenen Wochenzeitung hatte man längst kassiert. Und so begann eine Kampagne mit dem Ziel, die allgemeinen Vereinsstatuten zu ändern: Zunächst wollte man nur eine ganz kleine Erweiterung des Vereinzweckes auf "Bienen- und Wespen-Zucht" durchsetzen. Die Argumente, wenn auch etwas schwach, waren u.a.: *Bei uns in Kleindorf werden*

schon lange, mehr oder weniger heimlich, zusätzlich zu den Bienen auch Wespen gezüchtet. Wir wollen nur die Statuten den gelebten Tatsachen anpassen! Später, so war die Idee, wollte man dann die Bienen ganz weglassen, damit nur noch die Wespen-Zucht übrigbleibt. Aber so weit kam es nicht!

Der rettende Einfall

Einer der vereinsinternen Historiker hatte bei seinen Nachforschungen inzwischen herausgefunden, dass es schon früher einmal den Fall gegeben hat, dass Vereinsfunktionäre Wespen statt Bienen züchteten - also war der "Moderne Weg" gar nicht so modern! Und schon damals gab es große Turbulenzen, bis sich diese Funktionäre selbst vom Verein gelöst und einen eigenen Wespenzuchtverein gegründet haben. Und dieser Verein existierte nach wie vor!

Es gab dann noch einige Diskussionen im Hauptvorstand bis man sich auf folgendes Vorgehen einigte: Man schickte den Funktionären von Kleindorf die Botschaft, sie sollten sich entweder wieder an die Vereinsstatuten halten oder freiwillig den Bienenzuchtverein verlassen und dem Wespenzuchtverein beitreten. Eine andere Möglichkeit bestehe nicht, andernfalls müsste das Partei-Ausschlussverfahren eingeleitet werden. Die Vereinsstatuten würde man aber auf keinen Fall ändern!

Fortsetzung folgt

Unterstützer des "Aufrufs zum Ungehorsam"

Hier eine kleine Auswahl von Namen der „Pfarrer-Initiative“, die den "Aufruf zum Ungehorsam" unterstützen:

Achleitner Anton Alfred (langjähriger Vorsitzender von *Wir sind Kirche in Linz), Andeßner Johann, Außerhofer Gidi, Bachmair Johann, Bendsorp Hans, Fehrerhofer Johann, Fischer Udo, Fürst Johann, Garcia-Cascales Josef, Goltz Andreas, Gracias Alcantara, Granegger Rupert, Habichler Alfred, Handler Franz, Harant Franz, Helm SVD Franz, Höller O.Cist Friedrich, Jungreithmair OSB Arno, Kaspar Peter Paul, Kranebitter Bernhard, Lichtenegger SVD Walter, Mayr CMM Berthold, Mensdorff-Pouilly SM Eugen, Mikl Franz, Neuhuber Carlo, Purer**

Friedrich, Rosner Rupert, Salcher Franz (der neue Vorsitzende von *Wir sind Kirche in Linz), Schandera Gilbert, Schlagnitweit Markus, Schobesberger Franz, Schrittwieser Franz, Schüller Helmut, Stark Wolfgang, Stöllnberger Johann, Theurl Rudolf, Trawöger Adolf, Wahlmüller Philipp, Weinbub OSB Bernhard, Zoidl Christian, Öhler Christian, Wild Franz, Wimmer Josef, Wührer Hans, Zauner Johann, Bachl Gottfried, Benezeder Franz, Bräuer Ernst, Federsel Rupert, Feichtinger Christa, Strutzenberger Anton, Wasserbauer Herbert, Mayr-Lumetsberger Christine, ...**

* Beworben wird die kirchenfeindliche Gruppierung "Wir sind Kirche" im offiziellen Jahrbuch der Diözese Linz als "Forum für das Laienapostolat".

Empfehlungen

Der Papst im Gegenwind

Für alle Medien-Interessierten!

416 Seiten, 14,80 EURO; FE-Medienverlag, ISBN 978-3-86357-005-7

Christen in großer Bedrängnis

Dokumentation 2011

Herausgeber: Kirche in Not, D-81545 München, Lorenzoniastraße 62

Der letzte Kampf zwischen Licht und Finsternis

382 Seiten, 15,90 EURO; Mediatrix Verlag, A-3423 St. Andrä-Wördern, Gloriette 5

www.mediatrix.at

Die priesterliche Heiligkeit

Eine Zusammenfassung aus Predigten, Vorträgen, Büchern und Briefen von Erzbischof Marcel Lefebvre, 386 Seiten, EURO 19,90, Sarto-Verlag, ISBN: 978-3-932691-83-6

Kirchliche Umschau

Abonnieren Sie eine wirklich katholische Zeitschrift!

11 Ausgaben jährlich; Deutschland: EUR 30,00; Ausland EUR 40,00 inkl.Porto

per Telefon von Österreich: 0049 - 2295 / 901094

per E-Mail: Kumschau@aol.com

oder per Brief: Redaktion Kirchliche Umschau, Sankt Vinzenzhaus, D-53809 Ruppichterath

Statistik

Religionsgemeinschaften in Österreich

Durch den Zuzug einerseits und die Kirchengliederung andererseits haben sich in Österreich einige Verschiebungen bei den Religionsgemeinschaften ergeben. Für das Jahr 2011 sind folgende Zahlen aktuell:

1. Römisch Katholische Kirche: 66 % der Bevölkerung (5,3 Mio.). 1998 betrug der Anteil noch 75 %.
2. Moslems: rund 6 % (mehr als 0,5 Mio.).
3. Orthodoxe: rund 4 % (ca. 330.000).
4. Protestanten (AB und HB): unter 4 % (320.000).

Damit wurden die protestantischen Gemeinschaften sowohl von den Moslems als auch von den Orthodoxen überholt.

Vor nur 40 Jahren, 1971, gab es in Österreich 22.000 Moslems (0,3 %). Wenn man sieht, wer in Österreich noch (mehrere) Kinder bekommt, muss man kein Prophet sein, um sich die Zukunft auszumalen.

Quelle: Der 13., Juni 2011

LKZ zum Ungehorsam

Auch die Zeitung des Bischofs, die Linzer Kirchenzeitung beteiligt sich lebhaft an der Debatte um den Aufruf zum Ungehorsam - besonders durch gezielte Leserbriefe. Aber auch im redaktionellen Teil hält sie mit ihrer Meinung nicht hinter dem Berg. Hier aus 'Zündstoff liegt in der Luft' (18.9.2011, Seite 2):

"... Dass gerade viele engagierte Priester und Laien auf diese Veränderungen drängen, ist nicht verwunderlich. Man sollte sie daher endlich ernst nehmen, ganz ernst - auch in ihrem Glauben und Hinhören auf den Geist Gottes - und ihnen nicht die Rute ins Fenster stellen."

Papst für Mundkommunion

Schon seit längerer Zeit spendet der Papst nur noch die kniende Mundkommunion. Auch im Petersdom ist man dabei, diese würdige Form des Kommunionempfangs wieder einzuführen. Es geht nicht nur darum, Missbrauch zu unterbinden, sondern vor allem die Ehrfurcht und Heiligkeit zu fördern.

In eigener Sache

Ihre Spenden: Ein ganz herzliches, ewiges Vergelt's Gott für Ihre Gebete, Zusendungen und Spenden! Leider können wir uns nicht bei jedem Wohltäter einzeln bedanken oder jeden Brief beantworten. Wenn Sie unsere Arbeit finanziell unter-

stützen wollen, finden Sie unsere Kontonummern im Impressum (Seite 3). Sollten Sie eine Spendenquittung brauchen, vermerken Sie das bitte auf Ihrer Überweisung.

Ihre Adresse: Vergleichen Sie bitte Ihre Adresse auf dem Rundbrief! Immer wieder bekommen wir Rundbriefe von der Post als "unzustellbar" zurück.